

# Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag  
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



## Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511 – 3030 - 3413  
Telefax 0511 – 3030 - 4863  
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück  
Telefon 0541 – 2027644  
Telefax 0541 – 2026832  
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

## **Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen - Liquidität des Handwerks sichern und Bürokratie abbauen!**

Rede vom 26. Juni 2014, 38. Sitzung, Tagesordnungspunkt 29  
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der FDP finden Sie in der Drucksache [17/1473](#).

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr können Sie in der Drucksache [17/1591](#) nachlesen.

### **Weitere Redner waren:**

Rainer Fredermann (CDU), Maaret Westphely (GRÜNE), Mustafa Erkan (SPD) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

### **Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode**

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

[...] Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Frau Kollegin König, FDP-Fraktion. Bitte!

#### **Gabriela König (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warum haben wir diesen Antrag noch einmal eingereicht? Warum? - Weil die Kammern immer lauter werden.

(Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin)

- Ja, das will ich Ihnen gerade beantworten. Wenn Sie zuhören, dann wissen Sie es hinterher.

Die Kammern in Deutschland haben immer lauter eine Rücknahme gefordert. Außerdem wollen die Unternehmer einer fairen Gerechtigkeit unterliegen. In der Vergangenheit mussten sie in Notsituationen 20 Milliarden Euro abführen, weil die Sozialkassen leer waren. Dadurch ist ein Bürokratiemonster entstanden, das ihnen unglaubliche Schwierigkeiten bereitet. Wenn man in einer Notsituation etwas einrichtet, was dem einen oder anderen oder auch der Allgemeinheit möglicherweise helfen kann, dann sollte man dies in Zeiten, in denen es nicht mehr notwendig ist, zurücknehmen, um Fairness und Gerechtigkeit walten zu lassen. Das scheint aber in diesem Hause absolut nicht der Fall zu sein.

(Zustimmung bei der FDP)

Ich stelle mir gerade vor, dass kleine und mittelständische Unternehmen jedes Jahr Mitte des Monats anfangen müssen zu rotieren. Ich will Ihnen einmal ein Beispiel nennen: Ein Unternehmen in der Metallindustrie mit 50 Mitarbeitern muss 19 Tage vor Abschluss des Monats ungefähr abschätzen, welche Lohnsumme es zu entrichten haben wird. Dann erstellt dieses Unternehmen für seine 50 Mitarbeiter eine Lohnabrechnung. Diese muss das Unternehmen am Ende des Monats noch einmal

**Gabriela König MdL, Vorverlagerung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen - Liquidität des Handwerks sichern und Bürokratie abbauen! Rede vom 26. Juni 2014, 38. Sitzung, Tagesordnungspunkt 29, abschließende Beratung**

---

erstellen, weil es erst dann richtig feststellen kann, was letztendlich verdient worden ist und wie groß der Lohnanteil ist. Das heißt: jedes Mal eine doppelte Lohnabrechnung. Was das an Bürokratie ausmacht, kann man sich kaum vorstellen, wenn man nicht weiß, was in solchen Unternehmen los ist.

Wenn man darüber hinaus davon ausgeht, dass dieses Unternehmen erst maximal 20 Tage später weiß, wie viel es verdient hat, weil nämlich erst dann die Rückflüsse kommen, dann weiß man auch, dass es in der Zwischenzeit eine Unsumme zwischenfinanzieren muss, von der es gar nichts hat.

Ich bin der Meinung, dass wir das Ganze, wenn mittlerweile auch andere Länder in dieser Form tätig werden, noch einmal überdenken müssen und uns möglicherweise auch einem Beschluss der Länder Hamburg und Sachsen anschließen sollten, die inzwischen schon ein bisschen weiter sind.

In diesem Zusammenhang wundert mich ganz besonders, dass beispielsweise die Grünen in Hamburg eine völlig andere Einstellung dazu haben als die Grünen hier in Niedersachsen. Ich finde, dass die Grünen an dieser Stelle keine verlässliche Politik machen. Sie sollten sich einmal überlegen, was kleine und mittelständische Unternehmen hier in unserem Lande leisten. Wir sollten das einmal honorieren, indem wir ihnen entgegenkommen und sie von diesem Bürokratiemonster befreien. Ich glaube, das ist aller Anstrengung wert. Deshalb ist dieser Antrag in dieser Form auch noch einmal eingebracht worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss**

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

[...] Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 17/1473 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.